

Die „Vorkämpfer“ erscheinen täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Kasse...

Die Jahrgangspostens Nonparcellen über deren Raum kostet 6.- M., einschließlich Postgebühren. Kleinanzeigen: Das letzte Heft...

Die Vorkämpfer

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Aus dem Lande des Todes

Ein Appell an die Kulturwelt

Von Fritz Hofmann, der gegenwärtig in Rußland weilt, ist der folgende, vom 18. Dezember datierte Hilferuf eingegangen:

„Ich bin jenseits aus dem Lande des Todes zurückgekehrt, und wenn ich mir nun überlege, was ich alles an unbeschreiblichem menschlichen Elend und Leid mit eigenen Augen gesehen habe, so bleibt es mir unbegreiflich, wie die Menschheit einen derartigen Zustand hinstehen kann...“

Die Transportverhältnisse verschlimmern sich bereits zusehends. Kälte und Schnee beeinträchtigen stark den Eisenbahntransport. Noch schlimmer ist jedoch das Absterben der Pferde...

Es sterben täglich Hunderte und Tausende von Menschen. Im Hungerdistrikt haben die Einwohner weder Mehl noch Heizmaterial. Sie liegen entkräftet in den ungesäuberten Häusern...

Die einzige praktische Hilfe besteht in Getreide, und zwar Roggen. Für ein Pfund Sterling kann man genug Roggen kaufen, um in Rußland einen Menschen während sieben Monaten am Leben zu erhalten...

Der russische Rätekongress

Beziehungen zum Ausland unbedingt erforderlich

CC. (Zuspruch) Moskau, 27. Dezember.

Im Namen des Allrussischen Zentralerekutivkomitees eröffnete Kollin den 8. Allrussischen Rätekongress. Nach den Begrüßungsansprüchen der Vertreter der liberalen Sowjetrepubliken...

Alsdann berichtete Kollin über die bisherigen Ergebnisse der Hungerhilfe: aus staatlichen Mitteln hätten bisher nur 10 Prozent der erwachsenen Bevölkerung und 17 Prozent der Kinder der Hungergebiete dürrig versorgt werden können...

Zu dem Rechenschaftsbericht Lenins bemerkt die Moskauer „Pravda“, daß er deutlich den Wunsch nach friedlichen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland geäußert habe...

regierung würde diese Beziehungen durch Verwaltungsmassnahmen und durch weitere Zugeständnisse wirtschaftlicher Art erleichtern, doch werde sich Sowjetrußland keinesfalls zum Spielball für die Großmächte hergeben.

Die russische Finanzkatastrophe

Besserung nur durch einschneidende Mittel

gk. Moskau, 24. Dezember.

Im Kreml fand eine Beratung des Rates der Volkskommissare mit Finanzfachverständigen über die Lage der russischen Währung und über Möglichkeiten zu ihrer Besserung statt. Die Sachverständigen erklärten, ohne Auslandshilfe und ohne die Einführung einer neuen Währung, die das Ausland anerkenne, sei eine Besserung der jetzigen Verhältnisse unmöglich...

Es ist noch gar nicht solange her, daß die Kommunisten erklärten, gerade die maßlose Verschlechterung der russischen Währungsverhältnisse werde die bisherigen Geldsysteme überflüssig machen...

Die Sowjetregierung hat schon vor mehreren Wochen versucht, die Währungsverhältnisse in Rußland auf eine neue Grundlage zu stellen. Sie gründete eine Staatsbank, sie führte Zwangskurse für ausländische Devisen ein...

Die Chinabank-Affäre in der französischen Kammer

Vertrauensvotum für die Regierung

Paris, 27. Dezember.

Zu der Kammer wurde nach einer Kontroverse zwischen Ministerpräsident Briand und dem Abgeordneten Laittinger, der wiederholt verlangte, daß die Verantwortlichen in der Angelegenheit der Banque Industrielle de Chine festgesetzt werden...

Die Opfer der Unruhen in Kairo. Das englische Auswärtige Amt veröffentlichte eine Mitteilung mit einer Liste der Opfer der Unruhen in Kairo. Danach wurden elf Ägypter getötet und vierzehn verwundet.

Beitragsvorschau auf eine künftige Arbeitslosenversicherung

Von E. Aufhäuser

I.

Die Konjunktur war in den letzten Wochen gut, d. h. die Kapitalisten haben wieder einmal am Ausverkauf Deutschlands riesenhafte Valutagewinne gemacht. Wenn nicht alles täuscht, so stehen wir aber unmittelbar vor einem Umschlag dieser Scheinkonjunktur...

- 1. Weitgehende Beschränkung des Rechts der Arbeitgeber, Entlassungen von Angestellten und Arbeitern vorzunehmen. 2. Allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit unter angemessener Entschädigung der Kurzarbeiter. 3. Verpflichtung der Arbeitgeber zur Ansammlung von Rücklagen und zu laufenden Beiträgen für die Erwerbslosenunterstützung...

Zu 1 ist zu bemerken, daß die Demobilisierungsverordnung vom 12. Februar 1920 mit der in ihr festgelegten beschränkten Entlassungsbeugsnis des Unternehmers am 31. März 1922 außer Kraft treten soll, ohne daß bis heute irgendwelche Aussicht besteht, diese wichtige Schutzbestimmung für die Arbeitnehmer auf der Grundlage der ordentlichen Gesetzgebung zu erhalten...

Zwischen ist die Zeit fortgeschritten und die Wirtschaftskrise in die Nähe gerückt. Die genannten Hauptforderungen der Gewerkschaften sind nicht erfüllt und es sind auch sonst keine gesetzlichen Maßnahmen vorbereitet, um den Arbeitslosen rechtzeitig helfen zu können...

Es war also alles aufs Beste vorbereitet, um den Reichstag nach vor Weihnachten mit einem — wie es so schön heißt — Initiativantrag zu überraschen, wonach die Arbeiter und Angestellten bereits ab 1. Januar 1922 wöchentlich 1 Mark oder 1,50 Mark Beitrag zur künftigen Arbeitslosenversicherung zu entrichten hätten.

## Geschichtliche Wahrheit

Wir hatten in unserer Weihnachtsausgabe in einem Artikel über die Verbrechen der Abteilung Lüttich auch kurz die Vorgänge vor der November-Revolution geschildert und dabei bemerkt, daß die alte Sozialdemokratie am 8. November, nachdem sie sich eben noch in Massenflugblättern für die Monarchie ausgesprochen hatte, vor der Frage stand, entweder mit Wilhelm II. politisch abzusenden, oder der revolutionären Strömung Rechnung zu tragen.

Der „Vorwärts“ glaubt uns wegen dieser Bemerkung einen Streik drehen zu können und erklärt unsere Behauptung als un-wahr. Diesen Versuch, uns der Geschichtsfälschung zu zeihen, müssen wir zurückweisen. Die Geschichtsschreiber der November-Revolution sind sich darin einig, daß die Führer der rechtssozialistischen Partei selbst von ihrer Forderung der Abdankung des Kaisers und des Thronerzstichs des Kronprinzen zurückwichen und die Massen für ihre zögernde, unrevolutionäre Haltung zu gewinnen suchten. So schreibt Eduard Bernstein in seiner Geschichte der deutschen Revolution:

„In der Tat gelang es, durch den Hinweis darauf, daß der Abschluß des Waffenstillstandes vor der Tür stehe und durch einen Regierungswechsel einen Auslass erleiden könne, die Führer der Mehrheitssozialisten zu bewegen, ihren Austritt aus der Regierung und die Frist ihres Ultimatum wegen Rücktritt des Kaisers und Verzicht des Kronprinzen auf einige Tage zu verschieben.“

Weit härter äußert sich Ströbel in seinem Buch über die deutsche Revolution. Er weist darauf hin, daß die leitenden Körperschaften der Partei in den Tagen vor der Revolution die Massen nur beschworen, keine Unbesonnenheiten zu begehen und Geduld zu haben. Die Abdankung des Kaisers und der Verzicht des Kronprinzen — so hieß es in ihrem Flugblatt vom 8. November — seien selber noch nicht erreicht, würden aber mit Energie betrieben. Selbst dann sprach die rechtssozialistische Partei nicht von der demokratischen Republik, sondern nur von der „Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Regierung“; selbst dann fügten sie de facto die zusammenbrechende Monarchie, indem sie ihren Austritt aus der Regierung verschoben und sich erst am Abend des 8. November, nach Fühlungnahme mit den Berliner Funktionären, dazu entschlossen, für den 8. November den Generallinien zu verkünden, wenn die Abdankung des Kaisers noch nicht erfolgt sei.

Das ist der wirkliche Verlauf der Ereignisse, wie er von den beiden Geschichtsschreibern der Revolution, die zur rechtssozialistischen Partei gehören, geschildert wird. Aus dieser Darstellung geht klar hervor, daß die rechtssozialistische Partei in den entscheidenden Tagen vor der Revolution sich nur zu der halben Forderung der Abdankung des Kaisers und des Thronerzstichs des Kronprinzen aufschwingen vermochte, und daß sie selbst diese Forderung nicht mit der nötigen Energie vertrat. Sie versuchte gleichzeitig die Massen für ihre zögernde, klappe Haltung zu gewinnen und entschloß sich erst zu einer anderen Haltung, als die Situation ihr über den Kopf wuchs und die von ihr zurückgebliebenen revolutionären Kräfte sie selbst fortzuschwemmen drohte. Wir stellen diese Tatsachen fest, nicht um unnützen Streit über vergangene Dinge in die Reihen der Arbeiterklasse hineinzutragen, sondern weil wir es gerade unter dem Gesichtspunkt der geistigen Annäherung der verschiedenen Gruppen des Proletariats als notwendig erachten, die großen Linien der geschichtlichen Entwicklung nicht durch Wortklauberei und Rechthaberei entstellen zu lassen.

## Totenklage

Die „Deutsche Tageszeitung“ teilt ihren Lesern mit, daß Herr August Winnig, weiland Oberpräsident in Ostpreußen und eine große Leuchte in der rechtssozialistischen Partei, infolge steigender Herstellungskosten sein Blättchen „Der Morgen“ einstellen müsse. Trauernd fährt sie fort:

„Man wird das Eingehen des Blattes, das die großen politischen Ereignisse von einem sachlichen Standpunkte aus zu beleuchten bemüht und nationalen Regungen nicht unzugänglich war, nur bedauern können.“

Die „nationalen Regungen“ des Herrn Winnig übten seinerzeit einen weitgehenden Einfluß auf die rechtssozialistische Partei aus, in der Winnig keineswegs vereinzelt dastand. Das Lob, das ihm heute noch von deutschnationaler Seite gepöbelt wird, zeigt die Richtung an, in die die deutsche Arbeiterklasse jahrelang gedrängt worden ist und die sie nur verließ, weil die Unabhängige Sozialdemokratie sich als der getreue Stelchard des gesamten deutschen Proletariats erwies.

## Uebergabe Dedenburgs an Ungarn

Protokoll der österreichischen Regierung

(Antel.) Wien, 27. Dezember.

Nach Meldungen aus Dedenburg hat die internationalisierte General-Kommission am 26. Dezember eine Rundgebung erlassen, in der sie das durch die Zentralkommission am 18. Dezember veröffentlichte Abstimmungsresultat bestätigt und mitteilt, daß dieses Ergebnis von der Vollhafterkonferenz gutgeheißen wurde. Demzufolge solle im Sinne des Abkommens von Benedig mit dem 1. Januar das Abstimmungsgebiet in den Besitz der Ungarn.

Die österreichische Regierung teilt dazu mit, daß sie von diesem Beschluß noch nicht verständigt wurde und daß sie von vornherein gegen das Abstimmungsresultat und die Uebergabe des Abstimmungsgebietes an Ungarn Protest erhebt. Die Abstimmung war eine nackte Komödie!

## Kleine Nachrichten

Dr. Pfeiffer deutscher Gesandter in Wien. Die Ernennung des Zentrumsabgeordneten Dr. Maximilian Pfeiffer zum Gesandten in Wien ist nunmehr erfolgt.

Praktische Arbeit gegen den Krieg. Dem mit Sprengmunition beladenen Dampfer „Gauja“, der vor einigen Tagen auf der Danziger See eingetroffen ist, wurde nachträglich die Genehmigung zur Einfahrt in den Danziger Hafen erteilt. Da sich die Hafenarbeiter weigerten, die Munition zu löschen, ist der Dampfer auf Anordnung des Hafenausschusses, der die Verantwortung für die Befähigung der Schiffsahrt durch den unentledigten Munitionsdampfer nicht übernehmen konnte, am Sonnabend wieder auf die See hinausgeschleppt worden. Daraufhin haben die Hafenarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Untersuchungsanspruch der R. A. D. in München fällt eine Entscheidung, wonach der kommunistische Stadtrat Weigert dringend verurteilt ist, die Spende eines amerikanischen Genossen zugunsten der kommunistischen Festungsgesangenen an ihm persönlich nabehende Personen nach seinem Gutdünken verteilt zu haben. Bis zur vollen Klärung der Angelegenheit dürfte Weigert Funktionen innerhalb der Partei und sein Mandat als Stadtrat nicht ausüben.

Englische Reichs für die Hochfinanz. Wie das „Frage Tagblatt“ mitteilt, hat ein Konzern englischer Banken der Hochfinanz einen Investitionskredit mit mehrjähriger Laufzeit in Höhe von fünf Millionen Pfund und Sterling bewilligt.

längst nicht mehr, aber auch im ganzen Westen des Reiches keine gescherte Flur und keine gescherte Stadt. Unser Elend ist wahrlich groß. Aber wie groß wäre es erst, wenn wir den sengenden und brennenden Feind im Lande gehabt hätten! Heute tun die Chauvinisten so, als ob das alles nicht gekommen wäre. Das eben macht die Agitation der Extremisten zur schrecklichen und verhängnisvollen Lüge, die um so gemeiner ist, als sie ad hoc gebraucht wird zu durchsichtigen Parteizwecken.“

Wir sehen: es gibt auch bei den Konservativen zuweilen einen ehrlichen Mann. Freilich, das Bekenntnis zur Wahrheit bringt ihm nichts ein. Er wird von seinen Parteifreunden in der Regel verlästert, eingeschwiegen oder als Dummkopf abgetan. So verfährt jetzt eben wieder die Rechtspreffe mit Herrn Adam Röder. Wer nicht lügt, der fliegt!

## Leutnant Krull aus der Haft entlassen

Im Sommer dieses Jahres wurde von der Staatsanwaltschaft der Leutnant Krull in Haft genommen, weil er in dem bringenden Verdacht stand, an der Ermordung Rosa Luxemburg teilgenommen zu haben. Krull gehörte zu den von Moske gegen die Arbeiter aufgeborenen kaiserlichen Offizieren, die im ersten Quartal 1919 die Ordnung in Berlin wiederherstellen, daß sie unruhige Schieberereien hervorriefen, Hausdurchsuchungen und willkürliche Verhaftungen vornahmen. Später wurde Krull Adjutant des berühmten Bandenführers Köhler und seine Aufgabe bestand nunmehr darin, durch Schiedungen aller Art die Baltikumtruppen mit Waffen, Munition und Ausstattungsgegenständen zu versorgen. Er hat dabei in großem Maße auch für seine eigene Tasche gearbeitet; um wieder Millionen Mark das Reich durch seine Machenschaften betrogen wurde, entsteht sich jedoch unserer Kenntnis, da bisher jede republikanische Regierung sich Kritik geweigert hat, eine Spezialkommission über die Kosten des Baltikumabenteuers dem Reichstag vorzulegen.

Krull hat sich während seiner Tätigkeit im Baltikum wiederholt gerühmt, an der Ermordung Rosa Luxemburg teilgenommen zu haben. Zum Beweis dafür zeigte er eine in seinem Besitz befindliche goldene Damenuhr vor, die tatsächlich der ermordeten Genossin Rosa Luxemburg gehörte. Schließlich hat Krull die geraubte Uhr an einen Kameraden veräußert, der sie an die kommunistische Partei weiter verkaufen wollte. Die Staatsanwaltschaft erhielt von diesem Handel Kenntnis und verhaftete daraufhin im Sommer 1921 den ehrenwerten Herrn Leutnant. Seit dieser Zeit „schwebt“ das Verfahren. Jetzt ist Krull Gnade widerfahren. Er wurde am Weihnachtseabend aus der Haft entlassen und das Verfahren gegen ihn soll eingestellt werden sein.

Wenn diese Meldung, die uns von unterrichteter Seite zugegangen ist, den Tatsachen entspricht, dann gibt es in Deutschland nicht nur gute Jolien für Möder, sondern auch für — Räuber und Leichenfledderer. Wir lassen es dahingestellt sein, ob Krull tatsächlich einer der Mörder Rosa Luxemburgs ist. Aber daß er ein Spießhahn ist, und zwar ein ganz gemeiner, das steht fest. Denn er hat die Uhr der Genossin Rosa Luxemburg auf alle Fälle geklaut. Soll er nicht wenigstens dafür bestraft werden?

## Ein schimpfender Afrikaner

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet reißt seit einigen Wochen ein angeblicher Feldwebel herum und hält Vorträge über seine Erlebnisse in Ostafrika. Die Vorträge werden in der Hauptsache in den Schulen abgehalten, Schüler und Eltern bilden den Kreis der Zuhörer. Dem angeblichen Feldwebel kommt es in seinen Reden nicht auf die Schilderung der Verhältnisse in Ostafrika an. Er benutzt dieses Thema nur, um ein volles Haus zu bekommen, damit er vor die Kamera auf die Republik und ihre Einrichtungen um so besser schimpfen kann. So hat er jetzt in der Oberrealschule Eberfeld-Süd 2½ Stunden lediglich über die jetzige Regierung geschimpft, sie als Saujuden-Regierung, verfallene Schleiergesellschaft im Berliner Regierungsoberbel, Banditenbande und internationaler Verräter und Volksbetrüger bezeichnet. Als der Vater eines Primarschülers, der politisch zum Zentrum gehört, wegen dieser fleißigen Reden Widerspruch erhob, wurde er durch drei deutschnationalen Heldensöhne gewaltsam aus dem Saal befördert. Der Direktor der Oberrealschule, Hübler, spendete am Schluß des Vortrags dem Afrikaner lebhaften Beifall.

Der Reichstagsabgeordnete Erkelenz hat jetzt an die Reichsregierung die Frage gerichtet, ob sie bereit ist, gegen die Veranstalter dieser Versammlung einzuschreiten. Eine weitere Frage ist die, was Herr Dr. Voelck, der preussische Unterrichtsminister gegen den Direktor des Gymnasiums zu tun gedenkt, der die Flegelreden eines an Tropenfieber leidenden Afrikaners mit Beifall begrüßt. Ist dieser Hübler ein geeigneter Erzieher der Jugend?

## Unsere Reichswehr

In der „Vossischen Zeitung“ beschäftigt sich der General von Schoenaich mit Fragen der Personalpolitik. Er zieht Vergleiche zwischen dem alten und dem neuen Staat und weist darauf hin, daß früher von jedem Beamten und Offizier konservative Gesinnung verlangt wurde und daß dieser Umstand zur Streberei und Schusterei führte. Dann fährt er fort:

Alle diese Personalfragen sind in der demokratischen Republik gegen früher erschwert durch die parteipolitischen Gegensätze innerhalb der Funktionskreise des Staates. Nur im Offizierskorps der Reichswehr sind solche Gegensätze nicht vorhanden. Die erzwungene Herabsetzung der Heeresstärke hat die Abschließung aller bezweifelhaften ermöglicht, die liberaler Gesinnung verdächtig waren. Diese Einheit der politischen Gesinnung kann auch nicht gestört werden, weil man Gewerkschaftsleiter wohl zu Ministern, nicht aber zu Batterieführern oder Brigadeführern machen kann. Der junge Nachwuchs aber wird im Sinne der alten konservativen Offiziere erzogen. Die Tatsache, daß außer dem jeweiligen Minister kein Mensch in der ganzen Wehrmacht wirklich innerlich auf republikanischem Boden steht, ist unbedenklich, so lange der gesunde Sinn und die zweifelsfreie Vaterlandsliebe der maßgebenden Männer der Reichswehr sie von eibdrücklichen Handlungen gegen die heute tatsächlich bestehende Staatsform abhält. Nur in Bezug auf die Behandlung der Personalfragen bietet diese Gleichwertigkeit der politischen Meinungen eine Gewähr für Unparteilichkeit innerhalb des gezogenen Rahmens.

Wir haben hier also wieder einmal das Zeugnis eines einwandfreien Mannes dafür, daß „unsere Reichswehr“ monarchistisch bis auf die Knochen ist. Auf die Dauer muß sich ein derartiger Zustand bitter rächen. Die Republik kann ihr Schicksal nun und nimmer einer monarchistischen, ihr also feindlich gesinnten Wehrmacht anvertrauen. Das müßte langsam Gemringut aller Gegner der Monarchie geworden sein und sollte sie endlich überzeugt haben, daß der von Gehler eingeschlagene Kurs ebenso gefährlich ist wie der Kurs seines Vorgängers Noske.

Beratungen nicht alle Gewerkschaftsvertreter seinem Plane zugestimmt hätten. Noch in der letzten entscheidenden Beratung im Reichsarbeitsministerium am 3. Dezember 1921 hatte der Vertreter des AFA-Bundes dessen ablehnende Haltung betont, und der Arbeitsminister Dr. Brauns hatte erwidert, daß er die Hoffnung nicht aufgeben, auch noch mit dem AFA-Bund zu einer Verständigung zu kommen! Der Vorstand des AFA-Bundes ist indes nicht zu einer Verständigung gekommen“, d. h. er ist nicht umgefallen. Trotzdem sagt das Arbeitsministerium auch neuerdings in einer Vorlage an den Reichswirtschaftsrat etwas Kühn: „Dieser Vorschlag hat zu meiner Freude die grundsätzliche Zustimmung der Interessenten gefunden.“

Der Widerstand des AFA-Bundes hat zunächst bewirkt, daß die Lieberumpelung zum 1. Januar 1922 verhindert werden konnte. Das sein ausgeklügelte Notgesetz muß jetzt den normalen Gang der Gesetzgebung gehen, und es ist damit zunächst wenigstens Zeit gewonnen, um diesen Anschlag auf die Arbeiter und Angestellten öffentlich zu diskutieren.

## Die monarchistischen Zammerlappen

Ein Klagegesang des Grafen Reventlow

Graf Reventlow, der bekannte Kriegsschreiber, beschäftigt sich in seiner Zeitschrift „Der Reichswart“ mit zwei wichtigen historischen Ereignissen: Mit der Flucht Wilhelm Hohenzollerns am 9. November und mit dem Kapp-Putsch. Graf Reventlow ist ein extremer Monarchist, der den Standpunkt vertritt, daß das deutsche Volk seiner Bestimmung nach ein Volk der Helden sei, und daß die Revolution diesen heldischen Zug im Charakter des Volkes verwischt habe. Leider kann der edle Graf unter Selbsteinsicht auch keine Helden mehr entdecken. Die Flucht Wilhelm Hohenzollerns nach Holland brüht die Stimmung des Grafen sehr nieder. Er ist der Auffassung, daß Wilhelm auf seinen Posten hätte bleiben müssen. Das wäre „ein unermesslicher Erfolg für den monarchistischen Gedanken“ gewesen und „man hätte in aller Schande auf etwas stolz sein können.“

Die Flucht Wilhelms war, persönlich genommen, gewiß kein Heldentat; der Schmerz des Grafen ist in dieser Hinsicht nicht zu verstehen. Befragt über den Fall, Wilhelm wäre nicht ausgespart, sondern vom Hauptquartier in Spa nach Deutschland zurückgeführt, so wäre damit natürlich für den monarchistischen Gedanken, dem Herr Reventlow nachtrauert, auch nichts gewonnen gewesen. Denn die deutsche revolutionäre Arbeiterbewegung war im Herbst 1918 politisch so weit reif, daß sie den Mann, der durch sein unheimliches Walten entsetzliches Unglück über die Welt gebracht hatte, ganz einfach nicht länger mehr im Parde gebuldet hätte. Er wäre mit Schimpf und Schande demontiert worden: das mindeste Los, welches ihm verdienstvoller hätte treffen können.

Die persönliche Feindschaft hat Wilhelm Hohenzollern vor diesem Schicksal bewahrt. Die Kappisten, die dem Hohenzollernismus wieder zu einem Thron verhelfen wollten, waren nicht weniger feige als ihr Herr und Gebieter. Graf Reventlow stellt fest, daß die Hauptbeteiligten durchweg geflohen seien oder sich innerhalb Deutschlands verborgen gehalten hätten, statt sich in geschlossener Gemeinschaft den Verurteilten zu stellen. Das wäre männlich und würdig gewesen. Dann hätten die Angeklagten vor dem Reichsgericht in Leipzig die trüblichsten juristischen Gesinnungen und Sophistiken benutzt, um zu beweisen, daß sie eigentlich warme Verehrer der Weimarer Verfassung seien. Und das alles unter dem Gesichtspunkt: Bloß keine Strafe!

Noch schlimmer als die angeklagten Kappisten kommen die Zeugen dapon. Graf Reventlow nennt die Szenen der Zeugenvernehmungen geradezu widerwärtig. Ein jeder habe sich gefreut, einmal öffentlich gegen den anderen auszusprechen zu können. Jede Schwäche, jede Torheit, jede Lächerlichkeit sei mit Malichhaftem Behagen ausgebreitet worden, damit die Welt erfahre, daß dieser gezeigert habe, jener bald blag, bald rot geworden sei, ein dritter den Kopf, ein vierter die Kernen verloren, ein fünfter einen beispiellos lächerlichen Antidat geboten hätte und keiner gewußt, was er gewollt, jeder nur Um und Stellung für sich erköcht habe. Graf Reventlow sagt: „Dah diese Männer keine Heroen, sondern kleine Leute gewesen sind, war nichts Neues, aber daß sie vor dem Reichsgericht die typischen Züge brauchten, um einander gegenseitig lächerlich und verächtlich erscheinen zu lassen, das war denn doch unerwartet.“

Trotzlos, einfach trotzlos! Aber man darf diese feigen Burschen keineswegs unterschätzen. Gelingt es ihnen, zur Macht zu kommen: sie würden sich als blutdürstige Tyrannen geben. Denn Feigheit und Brutalität schließen einander nicht aus; sie ergänzen sich.

## Die Dolchstoßlegende

„Eine schreckliche und verhängnisvolle Lüge“

Der Herausgeber der „Süddeutschen konservativen Korrespondenz“, Herr Adam Röder, ein rechtsstehender, in Süddeutschland sehr bekannter Politiker, beschäftigt sich in einem Artikel mit den Ursachen des militärischen Zusammenbruchs im Herbst 1918. Er schreibt darüber:

„Wenn wir hier im ganzen Süden und Südwesten des deutschen Vaterlandes über zwei Jahre lang Tag und Nacht oft zwei- bis dreimal in den Keller schlüpfen mußten, weil die Feinde angriffe kamen und man erlebte da die Stimmung der Hausbewohner und derer, die von der Straße hereinzuschleichen, Angst ausbrüche und Weintämpfe der Kinder und Frauen —, wie alles in Haus und Familie, in Straße und Öffentlichkeit nach dem Frieden schrie, nach dem Frieden um jeden Preis — alle, aber auch alle standen auf diesem Standpunkt — und wie ich als Gegner dieses Standpunktes in mancher schweren Fliegerkämpfe im Keller den heftigsten Angriffen der Weibchen ausgelegt war, und man hält jetzt das Kreischen und Loben unserer Hypertrophischen dagegen, jetzt, wo man wieder für viel Geld alles haben kann, wo sich beim Wein und Bier famos gehen läßt und Fleisch und Weibholz zu haben ist; da muß den ehrlichen Menschen eine tiefe Verachtung vor dieser Gesellschaft erfüllen. Alles rief nach Frieden, nach Frieden um jeden Preis. Wer anders sagt, der lügt. Und aus dieser Stimmung heraus, aus der Stimmung eines ermüdeten, gequälten Volkes ist der Frieden geschlossen worden. Wenn es einen Dolchstoß von hinten gibt, dann ist es die Unfähigkeit des deutschen Volkes, auf lange Zeit hinaus Entbehrungen und seelische Qualen ertragen zu wollen. Das ist der Grund des Zusammenbruchs, und der andere: Die Lieberlosigkeit des Volkes. Wäre diese nicht vorhanden gewesen, so hätte Ludendorff nicht mit aller Kraft zum Waffenstillstand gedrängt. Ohne diesen Waffenstillstand wäre der ganze Süden und ganz Südwestdeutschland von den Entente-Truppen überjohremt worden, und die hätten dann in Baden, Hessen, Württemberg, Pfalz und dem Rheinland gezeigt, wessen Haß und Rache fähig sind. Ein deutsches Reich gäbe es

# Ein falscher Weg zur Einigung

Von Felix Dirsch

Die Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der U. S. V. D., die sich mit der Stellung zum bevorstehenden Parteitag beschäftigte, hat eine Entschliessung als Antrag zum Parteitag angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Parteitag erkennt die idealen Beweggründe an, die in den Bestrebungen liegen, die politischen Parteien des Proletariats zu einigen. Auch die praktische Bedeutung einer geeinigten proletarischen Partei ist außerordentlich groß, da den Gegnern der Arbeiterinteressen die geschlossene Front der lassenbewußten Arbeiterschaft gegenübersteht.“

Um aber Erfolge in einem solchen Kampfe zu erzielen, bleibt die äußere Form der Einheit wirkungslos, wenn über die Grundzüge und Taktik innere Gegensätze vorhanden sind. In es liegt zu befürchten, daß eine in better Absicht vorzeitig zusammengewinkelte Partei dadurch vollkommen aktionslos wird, daß die inneren Gegensätze bei jenes neuen politischen Frage in Erscheinung treten und zu heftigen inneren Kämpfen führen.

Bevor daher zwischen den zur Zeit bestehenden drei sozialistischen Parteien eine Einigung herbeigeführt werden darf, muß ein klares Bekenntnis ihrer Anhänger vorliegen, daß sie sich nicht als Vertretung der arbeitenden Bevölkerung ansehen, deren Interessen den Interessen der bürgerlichen Schichten gegenüberstellen.

Zwischen diesen Interessen kann es kein Überbrücken und kein Ausweichen geben, deshalb muß die Partei, die zur Einheit mit der U. S. V. D. als reif angesehen werden will, erklären, daß für sie eine Koalition mit den Vertretern der bürgerlichen Schichten ausgeschlossen ist.

Ebenso muß die Einigung die Voraussetzung haben, daß die höchste Gewalt der Partei in den Händen der Mitglieder selbst liegt. Nur durch tätiges Mitraten und Mittäten jedes einzelnen Mitgliedes, nur durch die Unantastbarkeit des Rechtes der Selbstbestimmung kann eine proletarische Partei die gefundenen Voraussetzungen für heftige Kämpfe erfüllen.“

Die gewählten Vertrauensleute der Berlin-Brandenburgischen Mitgliedschaft haben durch die einstimmige Annahme dieser Entschliessung befundet, daß sie die Frage der Einigung des Proletariats als ein Ergebnis geschichtlicher Entwicklung ansehen. Die klare Betonung der Schwierigkeiten, die eine geeinigte Partei in sich durchzumachen hätte, wenn ausnandergehende Grundzüge und Taktik durch weite Kompromisse überbrückt werden, sind in der Entschliessung klar hervorgehoben. Und diese ganze Auffassung entspricht der geschichtlichen Aufgabe, welche die U. S. V. D. bisher zu erfüllen hatte und weiter noch zu erfüllen hat.

Wir können heute nicht wissen, in welchem Tempo sich die Entwicklung zur Einigung vollziehen wird. Wir wissen nur, daß sie sich vollziehen muß, weil sie eine historische Notwendigkeit ist. Und alles, was wir tun können, ist, dieser für uns so wünschenswerten Entwicklung nicht durch eine Uebertreibung der Gegensätze hindernd in den Weg zu treten.

Der natürlichen Entwicklung der Dinge schaden wir aber mehr als wir ihr nützen, wenn wir unter Unklarheit der in dem erwähnten Antrage niedergelegten Tatsachen nach der sofortigen bedingungslosen Einigung des Proletariats rufen.

Wir wollen uns darüber nicht aufregen, wenn die reif rampo-nierte R. P. D. versucht, ihr Firmenschild mit diesem Parolenlad ein wenig aufzuspähen. Verwunderung in höchstem Grade aber muß es erregen, wenn in demselben Augenblick, in dem die Berliner Mitgliedschaft sich über die Einigungsmöglichkeiten so entschieden ausspricht, einige Mitglieder unserer Partei sich von Gefühlsstimungen mitfortreißen lassen.

Ich hege gar keinen Zweifel daran, daß jene Genossen, die sich von der vor einiger Zeit togenden wilden Betriebsräteversammlung in eine Kommission wählten, um das Proletariat aufzurufen, sich schon und entschlossen zusammenzuschließen und einen Reichsbetriebsrätekongress einzuberufen, von den besten Absichten besetzt sind. Wie aber wirkt ihr Auftreten? Das, was sie wollen, ist nichts anderes als eine Einmischung auf die politischen Verhältnisse. Sie wollen den gesetzgeberischen Maßnahmen und den durch diese gewordenen Zuständen mit der Aktion der Masse entgegen-treten, wenn anders ihr Auftreten überhaupt einen Sinn hat.

Und indem sie den Gedanken aussprechen, daß dazu ein neues Instrument in Gestalt eines Reichsbetriebsrätekongresses berufen sein soll, sprechen sie den politischen Parteien ihr Mißtrauen aus. Sie erschüttern dadurch das Vertrauen in die Partei, obwohl sie zu dieser Handlung um so weniger ein Recht haben, als sie vorher nirgendwo diese Frage vor das Forum der Partei gebracht haben. Dadurch aber wird ihre Auftreten, das als Ziel die große Einigung haben soll, zunächst nicht anders als zerstückt.

Wer aber berief die Genossen von unserer Partei zu ihrer neuen Funktion? Eine Versammlung von Betriebsräten. Und darf man sich wohl die Frage erlauben, wo diese Betriebsräte waren, als vor mehr als Jahresfrist die Einigkeit unserer Partei zer-trennt wurde? War es damals nicht gerade die entgegen-gesetzte Parole der Spaltung, die das Proletariat zum Heile führen sollte?

Und auch in dieser Zeit so heftig betonten Einigungspartole ist der Erfolg — eine neue Spaltung der politischen Macht des Proletariats. Denn was wird nun geschehen, wenn ein Reichsbetriebsrätekongress nach den Wünschen der Teilnehmer jener Versammlungen zustande kommt? Dieser Kongress wird sich ein Exekutivkomitee oder so etwas Ähnliches schaffen und dieses Komitee wird dann die Forderung erheben, daß allen politischen

Aktionen dabei zu sein, ja es ist bei diesem Komitee zu fürchten, daß es eigene politische Wege geht. In die Partei aber wird aufs neue Zank und Hader hineingetragen.

Die Notwendigkeit gemeinsamer proletarischer Aktionen wird heute von niemand geleugnet. Aber berufen, diese politischen Aktionen zu führen, sind nur die mit dem Vertrauen der Mitgliedschaft ausgerüsteten Vertreter der politischen Parteien. Und hinter die Vertreter unserer Partei hat heute unsere ge-wählte Mitgliedschaft zu treten. Finden wir sie säumig, haben wir an ihnen zu tadeln, so bekämpfen oder erzwingen wir sie nach klarer Aussprache in unsere Reihen.

Und wenn wir das Banner der Partei wehen lassen, so ist das nicht Egoismus einer Partei, sondern es ist das Bewußtsein, daß man nur siegen kann, wenn man in einer Kampfrunde mit gleich-denkenden und zielbewußten Mitkämpfern steht.

Wenn man wirklich die Einigkeit des Proletariats will, so soll man dafür sorgen, daß die Massen von der Richtigkeit unserer Auffassungen überzeugt werden. Je größer unsere Partei, je umfassender ihr Einfluß, desto schneller wird die Forderung der Berliner Entschliessung zur geschichtlichen Tat.

Darum sollen alle Parteigenossen ihre kostbare Zeit nicht in unnötigen politischen Spielereien verzetteln, sondern ihr ganzes Vertrauen in unsere Sache setzen und mit zusammengebißenen Zähnen an dem Werk arbeiten, von dem der Dichter sagt:

„Wir hämmern neu Das alte morsche Ding, den Staat.“

Und sie sollen eingedenk sein, daß zu unserem Aufbau nicht nur das nach dem Guten strebende Gefühl gehört, sondern der klare abwägende Verstand, der die harten Tatsachen der Wirklichkeit begreift und entsprechend würdigt.

## Deutscher Außenhandel im November

Offiziell wird mitgeteilt: Nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Reichsamts über die Ergebnisse des deutschen Außenhandels im November 1921 hat im Spezialhandel beigetragen: die Einfuhr 25,3 Millionen Doppelzentner im Werte von 13,9 Milliarden Mark gegen 20 Millionen Doppelzentner im Werte von 11,9 Milliarden Mark im Oktober, die Ausfuhr 19,1 Millionen Doppelzentner im Werte von 11,9 Milliarden Mark gegen 19,7 Millionen Doppelzentner im Werte von 8,7 Milliarden Mark im Oktober. Der Menge nach ist im Vergleich zum Vormonat die Einfuhr um 4,7 Millionen Doppelzentner = 15,7 p. H., die Ausfuhr um 0,6 Millionen Doppelzentner = 3 p. H. zuzun-gesgangen. Dem Werte nach zeigt sich eine Abnahme nur bei der Einfuhr (1,8 Milliarden Mark = 11,5 p. H.), während der Wert der Ausfuhr eine Steigerung um 2,2 Milliarden Mark = 22,7 p. H. aufweist. Dem übertragenden Anstieg des Einfuhr-überschusses auf 4,2 Milliarden Mark im Oktober ist also eine ebenso überraschende Abnahme auf 0,4 Milliarden im November gefolgt. Das starke Anwachsen der Einfuhr im Oktober erklärt sich daraus, daß in diesem Monat zahlreiche Vorratskäufe zur Ablieferung gelangt sind, die abgeschlossen wurden, als der Markkurs noch verhältnismäßig hoch war, Industrie und Handel aber bereits mit einer starken weiteren Ent-werterung der Mark rechneten. Dazu kommt, daß im Oktober der Goldzuschlag sehr stark erhöht wurde, wodurch ein Anreiz ent-stand, möglichst viel Waren noch zu dem niedrigeren Zuschlag zu verkaufen. Bei den außergewöhnlichen Umständen, die im Ok-tober die Höhe der Einfuhr beeinflussten, wäre es daher verfehlt, aus dem Vergleich der Oktober- und Novemberzahlen weitgehende Schlüsse auf eine dauernde Besserung der deutschen Handelsbilanz zu ziehen. Man wird vielmehr die Ergebnisse der fol-genden Monate abwarten müssen, um sagen zu können, ob die Verminderung des Einfuhrüberschusses im No-vember den Anfang einer andauernden günstigen Entwicklung bildet oder nur eine vorübergehende Erscheinung ist. In den Monaten Mai bis November hatte die deutsche Einfuhr einen Wert von 63,7, die Ausfuhr einen Wert von 82,0 Milliarden Mark, so daß sich für diesen Zeitraum ein Einfuhrüberschuss von 18,7 Mil-liarden Mark ergibt.

## Beschützer des Wuchers

Das Reichsjustizministerium hat dem Reichstag in der ver-gangenen Woche einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der anordnet, daß bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen die Strafvo-schriften über Preisverweigerung und Schleichhandel neben der Strafe die öffentliche Bekanntmachung der Verurtei-lung auf Kosten des Schuldigen anzuordnen sei. Bisher konnte das Gericht eine solche öffentliche Bekanntmachung der Verurtei-lung erlassen, während dieser Gesetzentwurf des Justizministeriums die öffentliche Bekanntmachung zwingend machen wollte und bei Freiheitsstrafe von drei Monaten oder mehr und bei Geld-strafe von 10 000 M. oder mehr auch den öffentlichen Anschlag der Verurteilung vorschrieb.

Dieser Gesetzentwurf, der nur wenige Paragraphen enthält, stand in der letzten Sitzung des Reichstages auf der Tagesordnung. Man nahm entsprechend der einstimmig getroffenen Verabredung im Vorkommensauschuss des Reichstages an, daß keine Partei der sofortigen Erledigung dieses aus der Not der Zeit geborenen Gesetzentwurfes Schwierigkeiten bereiten würde. Denn die bis-herigen Bestimmungen über die Bekämpfung des Wuchers waren wirkungslos, weil weder Geldstrafen noch Gefängnisstrafen die Wucherer von ihrem schamlosen Treiben abhalten. Die öffent-liche Achtung ihrer Handlungsweise ist ein viel

besseres Mittel. Nicht nur der Bekämpfung der Wucherer, sondern auch der Verhinderung des Wuchers.

Die bürgerlichen Parteien aber, die die wirkungslosen Maßnahmen gegen den Wucher stets mit beschloffen haben, leisteten nun der sofortigen Beratung dieses Gesetz-entwurfes heftigen Widerstand. Der scharfe Handel wurde von ihm getroffen, er werde seine Tätigkeit einstellen, so kammerten und drohten die Demokraten. Ihnen schloß sich die übrigen bürgerlichen Parteien an, so daß es trotz des Widerstandes der Sozialisten nicht gelang, den Gesetzentwurf sofort zu ver-abschieden. Er wanderte an einen Ausschuss, der ihm wahr-scheinlich ein stilles Begräbnis bereiten wird.

## Das Ende einer Lüge

Vor der Strafkammer in Hagen i. Westfalen wurde am 20. Dezember ein Prozeß zu Ende geführt, welcher das trügliche Ende eines jahrelangen Verleumdungsfeldzuges gegen den Reichs-tagsabgeordneten Genossen Josef Ernst darstellte. Seit 1919 wurden gegen den Genossen Ernst, der in seinem Beruf Kaufmann ist, die ungeheuerlichsten Anschuldigungen erhoben. Er sollte sich der Lebensmittelschlebung und des Kettenhandels schuldig ge-macht haben. In der Hege beteiligte sich vor allem die rechts-sozialistische Presse. Der „Vorwärts“, der den Verleumdungen gleichfalls Raum bot, lehnte sogar die Aufnahme einer prähech-tigen Berichtigung ab. Auf Grund dieser beispiellosen Hege der bürgerlichen Parteien hatte der Staatsanwalt gegen Ernst wegen Wuchers, unlauteren Handels und Ketten-handels Klage erhoben. Die Beweisaufnahme vor der Strafkammer ergab die vollständige Halt-losigkeit der Anschuldigungen. Selbst die von der Staatsanwaltschaft geladenen Sachverständigen versagten und konnten nur zugunsten Ernst sprechen. Der Staatsanwalt er-kannte in seiner Anklagerede an, daß die Beweisaufnahme er-gaben habe, daß Ernst nie kein Amt als Volkstonsammlar miß-bräucht habe; dem Angeklagten sei es gelungen, nachzuweisen, daß er unter Außerachtlassung persönlicher Inter-essen, die Interessen der Allgemeinheit ge-macht habe. Die Strafkammer sprach darauf den Genossen Josef Ernst frei. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. Auch das Gericht hob in der Urteilsbegründung hervor, daß alle gegen Ernst erhobenen Anschuldigungen sich als unwahr er-wiesen hätten.

## Ägypter-Demonstration vor der englischen Botschaft

Die blutigen Unruhen in Kairo, die durch die Verhaftung des Führers der ägyptischen Nationalisten Zaglal-Pascha durch die Engländer hervorgerufen worden sind, haben gestern nachmittag in Berlin einen eigenartigen Widerhall gefunden. Mehr Bor-schriften über den Schutzh der Botschaft zum Tod führen in der dritten Nachmittagsstunde Mitglieder der ägyptischen Kolonie in Berlin, zum Teil Studenten, in 30 Drohschreien bei der englischen Bot-schaft in der Wilhelmstraße vor. Sie schwenkten türkische Fahnen mit dem Halbmond und brachen fortgeschickte Rufe aus: „Nieder mit England!“, „Ägypten soll freibleiben!“ Nachdem die Ägypter auf diese Weise einige Minuten lang ihre Unzufriedenheit über die englische Herrschaft in Ägypten zum Ausdruck gebracht hatten, fuhren sie in der Richtung Leipziger Straße davon, um einige Minuten später durch das Brandenburgertor wieder unter den Linden zu erscheinen, wo sie jetzt im Publikum waren, auf denen die Bestreitung Ägyptens vom englischen Joch gefordert wurde. Zu Zwischenfällen ist es bei dieser eigenartigen Demon-stration nicht gekommen, immerhin erregte der lange Zug der ägyptischen Demonstranten mit ihren roten Halbmond-fahnen erhebliches Aufsehen unter den Straßenpassanten.

Wie eine Lokalkorrespondenz meldet, war man in der englischen Botschaft über die Absichten der ägyptischen Kolonie bereits vorher orientiert und hatte um polizeilichen Schutz der Botschafts-gebäude gebeten. Die dem Ersuchen wurde durch Entsendung einer Anzahl von Polizeibeamten entsprochen, die aber bei der fried-lichen Haltung der Demonstranten keine Gelegenheit zum Ein-greifen hatten.

Reichsgesetzliche Regelung der Feuerbestattung. Im Reichs-ministerium des Innern ist ein Entwurf über die gesetzliche Regelu-ng der Feuerbestattung ausgearbeitet worden. Der Entwurf soll nach vorheriger Prüfungsnahme mit den Interessentenkreisen im Laufe der nächsten Wochen dem Reichsrat zugehen. Die Feuerbestattung erhält durch die hohen Beerdigungskosten der Erdbestattung immer mehr Anhänger. Die meisten Anhänger bei Berlin. Ingesamt sind bis jetzt 166 327 Verbrennungen in deutschen Krematorien vorgenommen worden.

## Aus der Parteipresse

Die soeben erschienene Nummer 51 des „Sozialist“ enthält fol-gende Beiträge: Zur Frage der Koalitions-politik von Rud. Breitscheld; Volkswirtschaftliche Bilder aus Georgien von Karl Kautsky; Ein Parteitag der Arbeit von J. Selina; Die Kinderversicherung in Oesterreich von A. Kager; Die irische Arbeiterschaft von Franz F. Wallst; Teuerung und Gewerkschaften von A. Höpfer.

# Glauben Sie an Sympathie?

Ich glaube fest daran. Ich halte sie für das einzige wirkliche Mittel, mir meine Kunden zu erhalten. Deshalb lege ich so großen Wert darauf, daß jeder, der eines meiner 30 Geschäfte besucht hat, dies mit dem Gefühl verlassen soll: hier bist du gut bedient worden — hier kannst du mit Vertrauen wieder kaufen. Ihre Sympathie ist es, auf die ich Wert lege. Vielleicht ist mir nicht immer gegliückt, was ich erstrebe, weil ich nicht überall per-sönlich sein kann; aber es ist mein aufrichtiger Wunsch, mir die Sympathie meiner Kunden zu erwerben und zu erhalten. Und sollte es bei einem der vielen Besuche dieser Zeilen mir nicht gelungen sein, so bitte ich hiermit aufrichtig darum, mir jezt noch Gelegen-heit zu geben, den Fehler wieder gutmachen zu dürfen, ganz gleich,

wieviel Monate oder Jahre darüber vergangen sein mögen, und ganz gleich, was es mich kosten mag. Schreiben Sie mir ein paar Zeilen oder, besser, besuchen Sie mich am Spittelmarkt, Wallst. 4, im Direktionszimmer; zum mindesten telefonieren Sie mir unter Zentrum 112 10. Ich möchte gern jedem, der Augengläser benötigt, so helfen, wie er es erwartet. Kein Mittel will ich daran un-terstützen lassen. Nur darum gebe ich meine Garantie, monach ich jeden Metallteil der Double- und Goldfassung umsonst repariere oder neu erzeuge, in der Garantiezeit von 1—4 Jahren. Nur darum garantiere ich für passende Augengläser und verpflichte mich zum Umtausch, bis Sie diejenigen Gläser gefunden haben, die Ihnen bequemen. Doch nur in seltenen, ganz außergewöhnlichen Fällen

wird solch Umtausch erforderlich sein, weil mein tüchtiges Personal schrittweise gründlich vorgebildet ist und noch häufig weiter-gebildet und unterrichtet wird über die Fortschritte auf dem Gebiet der Augengläserverordnungen. Im eigenen Interesse eines jeden, der Augengläser benötigt oder mit seinen jetzigen nicht zufrieden ist, der besten Fassung nicht gut sieht, oder der an Kopfschmerz oder hier vorzuziehender Ermüdung der Augen zu leiden hat, wünsche ich, daß er eines meiner Geschäfte besuchen möge; wahrscheinlich wird er dann ebenfalls aus Ueberzeugung und Sympathie sagen, mir so viele Tausende vor

## Sind's die Augen — geh zu Ruhnke!

C Spittelmarkt Wallst.	W Friedrich-Str. 193 a Hagen-Str.	SO Oranien-Str. 44 Hagen-Str.	N Friedrich-Str. 190 Hagen-Str.	NW Friedrich-Str. 190 Hagen-Str.	Charlottenburg: Tauentzien-Str. 15	Schöneberg: Königsplatz-Str. 21
Alexander-Platz nahe Wägenweg	Friedrich-Str. 113 Hagen-Str.	S Kolonnen-Damm 10 nahe Zoo	Invaliden-Str. 184 Hagen-Str.	N Chaussee-Str. 72 nahe Wallst.	Josephplatz-Str. 7 nahe Zoo	Friedenau: Königsplatz-Str. 18
SW Belle-Alliance-Str. 4 nahe Zoohof	Hagen-Str. 1 Hagen-Str.	O Frankfurter Allee 14 nahe Zoo	Invaliden-Str. 187 Hagen-Str.	Schöneberg Allee 81 am Zoo	Wilmersdorf: Dönhofs-Platz 11-13	Neukölln: Königsplatz-Str. 18

30 Geschäfte in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Basel



# Volksnot und Pressenot

Zwischen der Not des Volkes und der kritischen Lage der Zeitungen bestehen Zusammenhänge, die in der Regel gar nicht voll erkannt werden. Allgemein glaubt man, es bestehe nur insofern ein Zusammenhang, als eine Teuerung, die das Volk trifft, eben auch eine Erhöhung des Bezugspreises ganz naturgemäß im Gefolge haben muß. Zwischen Volksnot und Pressenot bestehen aber noch andere Beziehungen. Die Not der Presse trägt dazu bei, das wirtschaftliche Elend unseres Volkes zu vergrößern. Wenn die Presse in ihrem Wirken durch wirtschaftliche Umstände gehindert wird oder gar untergeht, so ist die aktive Teilnahme des Volkes an der Gestaltung der politischen Verhältnisse kaum denkbar. Die Zukunft hängt ab von einem regen öffentlichen Leben und von einer Presse, die von kapitalistischen Interessengruppen unabhängig ist. Um diese Presse muß das Volk kämpfen und muß sie führen.

Diese Unterstützung ist heute nötiger als je, weil besonders die sozialistische Presse vor einer Katastrophe steht. Fortgesetzte Bezugspreiserhöhungen, die wegen der immer mehr steigenden Herstellungskosten notwendig sind, machen ihr die Existenz außerordentlich schwer.

In welche Notlage die kapitalistische Profitgier die deutschen Zeitungen gebracht hat, zeigt ein Kostpreis des Vorstandes des Vereins deutscher Zeitungsverleger, in dem es heißt:

Die deutschen Zeitungen haben von den bis auf das Hundertfünftelste gestiegenen Preisen der Materialien und Herstellungskosten nur einen Teil auf Leser und Inserenten übertragen können. Nun war der Wagen Druckpapier, der im Frieden 2000 M. kostete, bereits Ende November wieder erheblich verteuert worden, so daß der Preis für Dezember auf 37000 M. gestiegen war. Wöchentlich wird hieraus ein weiterer sofortiger Aufschlag nochmals um mehr als das Doppelte des Friedenspreises verlangt, und hierzu kommen die Erhöhungen der Löhne. So wachsen plötzlich die gesamten Produktionskosten in Riesensummen zusammen, zu denen auch eine Verdoppelung der bisherigen Bezugspreise in gar keinem Verhältnis stünde.

Ob und wie lange noch unter diesen Umständen überhaupt das Zeitungswesen aufrecht erhalten ist, darüber herrschen in den Kreisen der Sachverständigen die schlimmsten Befürchtungen.

Wie gewaltig die Unkosten der Zeitungen für Materialien gestiegen sind, mag folgende Zusammenstellung veranschaulichen:

	Friedenspreis	Preis im Dez. 1921
1 kg Papier	— 21	4,20 M.
100 „ Stereotypmetall	50,—	2800,—
100 „ Bleiblei	48,50	2800,—
100 „ Antimon	72,—	1100,—
100 „ Zinn	375,—	5600,—
1 „ Walzenmasse	2,20	75,—
1 „ Drucköl	— 90	57,—
1 „ Leinwand	— 90	64,—
1 „ Schmieröl	— 65	14,50
100 „ Farbe	— 32,—	850,—
1 „ Dextrin	— 50	36,—

Zu dieser wirtschaftlichen Not kommt eine neue, die kaum zu bannen ist: der Mangel an Druckpapier. Die Papierfabriken erklären, sie seien nicht mehr imstande, Papier in den Mengen zu liefern, wie sie in den letzten Monaten verbraucht wurden. Sie hätten nicht mehr die erforderlichen Rohstoffmengen zur Verfügung. Die Papierfabriken steden aber hohe Profite ein und liefern zu noch viel höheren Preisen für das Ausland.

Die Presse des schaffenden Volkes, die sozialistischen Zeitungen, die sich erhalten müssen aus sich selbst, die keine Zuwendungen erhalten von reichen Interessenten, weder kleine noch große Stütze hinter sich haben, keine Inseratenplantagen besitzen und mit den großen Papierfabriken nicht verbunden sind, leiden durch diese Zustände natürlich am meisten. So auch unsere „Freiheit“. Auch bei ihr müssen sich Einnahmen und Ausgaben decken. Darum ist eine abermalige

### Erhöhung des Bezugspreises der „Freiheit“

nicht zu umgehen. Voraussichtlich wird ein Preis von 21 M. pro Monat verlangt werden müssen. Dabei ist vielleicht ohne Verlust noch nicht einmal durchzukommen, da bei diesem Preis der Abon-

nent noch nicht einmal die Papier- und Materialkosten bezahlt. Die Preiserhöhung unseres Blattes ist eine bittere, eine traurige Notwendigkeit. Aber sie ist eine Lebensbedingung für das Blatt. Das werden auch unsere Leser, das werden alle treuen Genossen und Genossinnen anerkennen, so schwer das Opfer auch ist, das von ihnen gefordert wird. Deshalb dürfen wir von unseren Abonnenten wohl erwarten, daß sie dem Blatte treu bleiben, das keine andre Aufgabe kennt, als die, den Interessen der Arbeiter zu dienen, kein andres Ziel als die Befreiung des Proletariats.

An die Frauen, die durch die Zeitverhältnisse besonders verbittert sind, wenden wir uns besonders, denn die reaktionären Zeitungen, die an dem Elend und dem namenlosen Jammer in Arbeiterfamilien die Hauptschuld tragen, werden häufig noch von Arbeiterfrauen gelesen, deshalb gelesen, weil ein lästlicher Familienroman, weil Familien-, Wirtschafts- und Gassenlärm breitgetreten wird. Von Nummer zu Nummer hegen diese reaktionären Blätter immer schamloser und vertauschten rechter Hand linker Hand ebenjodreißt wie Röhre mit Lüge. Strapazierende Zeitgenossen, die uns das Elend gebracht, wollen mit Druckerzwänge ihre Schuld wewaschen von der Geschichtstafel der Gegenwart: Darum, Frauen, werft Druckerzeugnisse dieser Art aus der Wohnung und lest euer Blatt, das eure Interessen energisch vertritt.

Durch die Schaffung der „Frauen-Welt“, der neuen Beilage der „Freiheit“, die ab Januar erscheinen wird, soll den besonderen Interessen unserer Frauen in noch höherem Maße Rechnung getragen werden, als dies schon bisher geschah. Eine weitere Bereicherung stellt der „Jugend-Genosse“ dar, der, gleichfalls neu geschaffen, als dritte Beilage neben der allen Freunden und Freundinnen der „Freiheit“ längst vertrauten „Freien Welt“ und der neuen „Frauen-Welt“ erscheinen wird. Auch was sonst möglich ist, um die „Freiheit“ immer mehr und mehr auszugestalten, soll und wird geschehen.

Genossen und Genossinnen! Die nächsten Wochen und Monate werden große politische Entscheidungen bringen. Die kapitalistischen Kräfte kämpfen mit aller Macht gegen die Erfassung der Goldwerte und gegen das schärfere Anziehen der Steuerstränge. In diesem Kampfe muß der Sozialismus siegen. Die Presse ist dabei die schärfste Waffe. Sie schlägt bereit zu halten, ist Sache aller sozialistisch Denkenden. Die Stinnesierung der Presse schreitet fort. Deshalb heißt es mobil machen für die Arbeiterpresse.

Parteilosen und -genossinnen! Freunde und Leser der „Freiheit“! Haltet trotz der unumgänglichen Preiserhöhung eurer Zeitung die Treue! Die Lage ist keiner früheren vergleichbar. Möge das allenthalben erkannt werden, solange es noch Zeit ist.

Haltet die Treue! — Werbt neue Leser!

### Der Kohlenmangel und die städtischen Werke

Die städtischen Werke haben nunmehr wieder einige Reserven erhalten und die Gefahr drohender Einschränkungen ist damit vor der Hand noch abgewendet. Vermehrte Kohlentransporte, die vor dem Weihnachtsfeste namentlich aus dem Ruhrrevier herangeführt werden konnten, haben auch im Bereiche der Eisenbahndirektion Berlin die Krisis erheblich gemildert. Der Vorrat, der bis auf den Bedarf von drei Tagen herabgesunken war, reicht dadurch wieder etwa acht Tage, und wenn, was angenommen wird, die Zufuhr so fort-dauert, wird man vielleicht wieder auf einen Vorrat für 20 Tage kommen. Jedenfalls ermöglicht die günstigere Kohlenverföhrung, von weiteren Einschränkungen des Personenverkehrs, als schon angekündigt sind, abzusehen. Immerhin sind diese Einschränkungen ernst genug, wenn man bedenkt, daß nicht weniger als 210 Fernzüge gestrichen werden mußten.

Der Magistrat gegen die wilde Kolosseumfilmbröse. Wie wir erfahren, hat der Magistrat in einem vom Oberbürgermeister Boch persönlich unterzeichneten Schreiben beim preussischen Minister des Innern Sorderung lebhafter Vorstellungen über die Zustände in Sachen der wilden Kolosseumfilmbröse erhoben und darauf hingewiesen, daß trotz der polizeilichen Schließungsver-

fügungen im Kolosseum immer noch Engagements getätigt werden, wenn auch jetzt in unauffälliger Form, z. B. durch Händedruck oder auch auf der Straße vor dem Kolosseum oder in benachbarten Lokalen. Im Interesse der Erwerbslosen fürsorge und der städtischen Filmbröse, die von den Kolosseumbesuchern systematisch sabotiert werden, hat daher der Magistrat von Berlin den Minister dringend gebeten, die polizeilichen Verfügungen gegen die Kolosseumbörse sofort mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen zu lassen.

### Gegen die neuen Mietszuschläge

Einspruch des Oberpräsidenten

Auf Veranlassung des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt Hirthsiefer (Zentrum) hat der Oberpräsident gegen den auch von uns veröffentlichten Beschluß über die Neufestsetzung der Mietszuschläge Einspruch erhoben. Dieser Einspruch wendet sich dagegen, daß der Magistrat Wohnungen, in denen auch nur ein Raum zu gewerblichen Zwecken benutzt wird, mit einem Zuschlag von 90 Prozent belasten will. Der Oberpräsident hat erklärt, auf einen erneuten Einspruch nur dann verzichten zu können, wenn der Magistrat durch einen neuen Beschluß seine Verordnung über die Mietszuschläge in dem von Volkswohlfahrtsminister angedeutetem Sinne revidiert. Der Minister wünscht, daß solche Wohnungen, in denen nur ein Teil der Räume gewerblichen Zwecken dient, nur mit einem Mietszuschlag von 70 Prozent belegt werden dürfen.

Aus dem Schreiben des Oberpräsidenten an den Magistrat ist noch eine Kritik erwähnenswert, die an der Zusammensetzung des Sachverständigenausschusses geübt wird, der dem Magistrat in der Regelung der Mietsangelegenheiten zur Seite gestellt worden ist. In diesen Ausschuß hat die Deutsche nationale Volkspartei Herrn Dr. Steiner delegiert, der in seiner beruflichen Eigenschaft eine hervorragende Stellung im Sachverband für deutschen Grundbesitz bekleidet. Man ist im Oberpräsidium der Ansicht, daß, wenn dieser Herr nicht selbst sozial taub ist, sich für Belangen zu erklären, auf einem anderen Wege eine dem Zweck des Ausschusses besser entsprechende Besetzung hätte erreicht werden müssen.

An dieser Stelle ist wiederholt das Oberpräsidium scharf angegriffen worden, weil es gegen Maßnahmen des Magistrats oder Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung in so entscheidender Weise eingegriffen hat, daß von Selbstverwaltung gar keine Rede mehr ist. Wir sind auch heute dieser Ansicht; um so mehr muß es für den in seiner Wehrheit doch immer noch sozialistischen Magistrat außerordentlich beschämend sein, wenn seine Beschlüsse selbst von einer so reaktionären Behörde, wie es das Oberpräsidium ist, als unsozial zurückgewiesen werden.

### Besserung in der Kartoffelverföhrung

Der amtliche preussische Pressedienst teilt mit: Das seit zirka 10 Tagen auch in den östlichen und nördlichen Provinzen eingetretene und auch noch anhaltende „offene Wetter“ ist für die gegenwärtige Kartoffelverföhrung günstig und wird in weitgehendem Maße ausgenutzt, um aus den Ueberschußgebieten Kartoffelentladungen in die Bedarfsgebiete gelangen zu lassen. So konnten in der vorigen Woche wieder erhebliche Mengen Kartoffeln der Bevölkerung ohne Frostschaden zugeführt werden. Nach Mitteilungen aus dem Reichsverkehrsministerium ist es gelungen, alle Anforderungen nach Wagenstellungen jetzt reiflos zu erledigen.

### Die Unterschlagung bei der Polizeihauptkasse

20 000 Mark Belohnung

Das Berliner Polizeipräsidium erteilt gestern eine amtliche Bekanntmachung, in der die auf Ergreifung des durchgebrannten Unterwachtmeisters Fißler und die Wiederbeschaffung des veruntreuten Geldes ausgeschriebene Belohnung auf 20 000 M. erhöht worden ist.

Wie die Ermittlungen ergeben haben, hatte der ungetreue Beamte die Veruntreuungen planmäßig vorbereitet. Er hat die Zeit abgepaßt, als an der Kasse für Gehaltsvorschuße große Summen ausgezahlt wurden. Um einen größeren Vorrang zu erhalten, hat er dann kurz vor dem Fest das Geld auf die gefüllten Schecks erhoben und ist damit geflohen. Er hatte vorher schon zu Bekannten geäußert, daß er, wenn er einmal fortgehen werde, sich nach einem Lande wenden würde, wo das deutsche Geld noch hoch im Kurse stehe. Das

## Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Hüßler

Copyright 1921 by Breitkopf & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(32. Fortsetzung)

Nein, im Abstieg sind sie trotz alledem nicht, sie haben im Gegenteil noch nicht ihren höchsten Grad der Reife erreicht, wo die Fällnis beginnt. Sie werden sich erholen. Aber die Nachbarn müssen Geduld haben.

Wenn sich Deutschland erholt hat, bleibt ihm die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: gemeinsame Arbeit, die beiden Teilen dient, oder Haß, der den Nachkrieg erzeugt. . .

29

### Die erlösten Provinzen.

Frau Réal

Paris

General Jon Straße 97

Meine liebe Melanie!

Seit fünf Tagen habe ich nichts von Dir gehört. Das kommt von dem Nomadenleben, das ich jetzt führe. Reisen, Vorträge, Einladungen folgen einander. Ueberall glänzende Aufnahme. Ich kann Dir versichern, daß Dein Vater die Schweizer ungerecht beurteilt. Und da wir uns längst über die Ehässer unterhalten haben, kannst Du ihm diesen Brief zeigen, der aus der Quelle geschöpfte Nachrichten enthält.

Ich traf gestern bei Buchmann Friedrich Wiesel, einen Fabrikanten aus der Gegend von Colmar.

Er war wenig erbauet von den französischen Verwaltungskünften, die das Elfaß jetzt über sich ergehen lassen muß, nachdem es sie so lange ersehnt hat.

Wir haben das Land nach unserer Gewohnheit „kolonisiert“, das heißt, wir haben nichts hingeschickt, als eine Menge Beamte.

Ueber die Ehässer hat sich eine bedrohliche Wolke von Senatorenneffen, von politischer Polizei, von stimmungswaltigen Theoretikern entladen, die, unterstützt von dem üblichen Gewimmel afrikanischer Heuschrecken, das jüngst noch blühende Land überschwemmt hat, um es zu verderben, zu unterwühlen, in Unordnung zu bringen und zu schänden.

Jeder da unten hatte auf freundschaftliche Beziehungen gewartet. Aber kaum waren die Siegesbogen abgetragen, so gab es nur amtliche Berührungen, und was für „Berührungen“.

Ergebnis: Nach einer kurzen Ferienpause großt das Elfaß aufs neue.

Das ist nun einmal seine Bestimmung. Es scheint mir recht unwahrscheinlich, daß die Ehässer zufrieden waren, als sie Ludwig XIV. zu Frankreich schlug. Dieses Volk sehnt sich vor allem nach Unabhängigkeit, denn es war immer das Opfer unsicherer und ewig wechselnder Gewalten. Der Ehässer ist der richtige hartköpfige, ewig unzufriedene „Wades“. Es gibt da ein Volkslied:

„Was er hat, das will er nicht,  
Und was er will, das hat er nicht . . .“

Und was will er im Grunde seines Herzens? Die Erfassung mit Deutschland von gestern, die Erfahrung mit Frankreich von heute haben in diesen Leuten oben jenen unbedingten Drang zur Unabhängigkeit erzeugt. Und sie bekommen es satt, immer den Vorwand für neue Kriege abzugeben, die sie jedesmal furchtbar schädigen, ohne ihnen die Freiheit zu verschaffen.

Wenn ich Dir das alles schreibe, so geschieht es, weil ich hoffe, Dir einige neue Gesichtspunkte über eine Frage zu erschließen, die oft den Gegenstand unserer Gespräche gebildet hat.

Im übrigen geht es mir vortrefflich, und ich grüße alle bestens.

Jacques.

30

### Die Trümpfe des Kandidaten.

Herrn Jacques Réal

Zürich

Hotel Bellevue.

Lieber Mann!

Ich habe Deine Postkarten erhalten, und danke Dir für Deine Mitteilungen.

Ich möchte Dir dringend empfehlen, nicht etwa zu Deinem Privatvergnügen einem größeren Kreise zu erzählen, was Du mir über jenen Ehässer berichtet hast. Das wäre wieder

einmal eine Gelegenheit, die Leute, derer Du bedarfst, gegen Dich auszubringen. Hoffentlich fügt Du zu den Unvorsichtigkeiten, die Du in der letzten Zeit begangen hast, nicht eine neue hinzu. Wir haben doch nun einmal in Frankreich eine bestimmte Vorstellung vom Elfaß, weshalb sollen wir denn versuchen, sie zu ändern? Man würde sich sonst mit Recht fragen, zu welchem Zweck wir all diese Opfer gebracht haben.

Ich zweifle gar nicht, daß Du bei Deiner Rückkehr aus der Schweiz sehr viel Ueberflüssiges mitbringen wirst. Du wirst Dir einbilden, die Deutschen zu kennen, weil Du mit einigen gesprochen hast. Bergiß nur nicht, daß alle diese Menschen ohne Ausnahme lügen. Leider hast Du Dir recht unfranzösische Gedankengänge angewöhnt. Nur Gott weiß, wie viele Tränen mich diese Verirrung kostete!

Es ist doch jetzt wirklich nicht an der Zeit, mit derartigen Ideen hervorzutreten. Ich hoffe doch, daß Du Deine Kandidatur zur Akademie nicht aufgegeben hast. Weist Du, was Herrn Bérillard, Deinem ernstesten Mitbewerber, geschehen ist? Du weißt, wie sehr es ihm genügt hat, daß sein ältester Sohn an der Front gefallen ist. Vorgestern hat sich nun sein zweiter Sohn geopfert. Mit anderen mutigen jungen Leuten hat er sich während des verwichenen Aufstandes auf der Westbahn der technischen Nothilfe zur Verfügung gestellt. Der arme Junge dachte, eine Lokomotive lasse sich ungefähr wie ein Automobil behandeln, aber gleich beim ersten Versuch hatte ein schweres Eisenbahnunglück zur Folge, bei dem er den Tod gefunden hat. Ich statete dem Vater gestern einen Besuch ab; es war ein Jammer, ihn zu sehen. Aber er hat mir von einer neuen Auflage seiner Werke erzählt, und ich bin sicher, daß ihn die Akademiker wählen werden, um ihm den Dank des Staates abzustatten. Man ist ihm diese Entschädigung schuldig. Mit Deinen Ideen wirst Du gegen einen solchen Nebenbuhler einen schweren Stand haben.

Ich sage Dir das alles, ohne mir irgendeinen Nutzen zu versprechen. Ich frage mich nur mit Besorgnis, wann Du, mein Lieber, endlich vernünftig werden wirst. Ich sprach gestern mit Papa über Deine Aussichten. Er ist außer sich. Coignat befindet sich wohl und grüßt Dich.

Immer Deine aufrichtige

Melanie.

(Fortsetzung folgt.)

Bild des Flüchtigen, das diesen noch mit Schnurrbart darstellt, den er jetzt aber nicht mehr trägt, ist überall hin verandt worden, und alle Grenzbehörden sind unterrichtet worden.

Weitere Ermittlungen haben ergeben, daß mit dem flüchtigen Unterwachtmeister Zibler noch ein zweiter Polizeibeamter, der 23 Jahre alte Unterwachtmeister der Schutzpolizei Willi Fehner, durchgebrannt ist. Fehner, ein Freund des Zibler, war als Schreiber beim Stad der Schutzpolizei auf dem Bezirksamt Friedrichshain beschäftigt. Auch er ist seit Donnerstag vergangener Woche flüchtig. Zweifellos ist er zusammen mit Zibler abgereist. Beide verkehrten zusammen in einem Lokal, wo sie dem Schankwirt schon früher durch große Geldausgaben aufgefallen waren. Diese wollten sie, wie sie erzählten, zuerst durch Kennwetten, dann durch Salutaspekulation erworben haben. Beide gingen immer sehr elegant gekleidet und spielten den großen Mann. Fehner liebte es, wenn er angekränkt war, ein Kanakel aufzusetzen. In Begleitung der beiden Beamten befand sich gewöhnlich auch ein Mädchen, anscheinend die Braut des Fehner. Auf dieses Mädchen wird gefahndet. Es hat dunkelbraune Augen, ein längliches Gesicht, einen etwas breiten Mund, ist schlank gebaut und trägt zuletzt einen roten bis zu den Knien reichenden Mantel und einen schwarzen Pelztrojan. Der flüchtige Fehner ist ebenso wie Zibler sehr groß, ebenfalls schlank, aber noch mehr als Zibler, hat blonde, nach hinten gestämmte Haare und ein gewandtes, sicheres Auftreten. Er stammt aus Schwiebus bei Rastatt und war früher, bevor er zur Schutzpolizei kam, Handlungsgehilfe.

### Der Raubmord in der Muladstraße

Der Verdacht der Täterschaft richtet sich immer mehr gegen zwei Männer, die vor und nach dem Verbrechen in der Nähe des Tatories beobachtet worden sind. Am Abend vorher wurden die beiden bereits in einem Lokal in der Nähe der Muladstraße gesehen. Andere Zeugen beobachteten sie gegen 2 1/2 Uhr nachts in der Nähe des Tatories, während wieder andere Zeugen behaupten, diese Männer morgens um 6 1/2 Uhr gesehen zu haben, als sie von der Muladstraße herkommend, nach der Alten Schönhauserstraße zu gingen. Die Beschreibung, die von diesen Männern gegeben wird, stimmt bei allen Zeugen überein. Hier nach war der eine älter und größer, gegen 40 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß und mit einem schmalen, schmalen Militärkragen besetzt. Dazu trug er eine gelbliche Mütze mit Schirm. Er hat eine schlanke Gestalt, ein hageres Gesicht und fiel besonders durch seinen struppigen verwilderten Bart und ebenfalls Kopsaar auf. Sein Begleiter ist etwa 20 Jahre alt und nur etwa 1,65 Meter groß. Er trug eine Militärkappe mit Widelgarnschirm, die ebenfalls abgetragen aus und ferner eine dunkle Schirmmütze. Beide hatten gefüllte Säcke bei sich, der ältere einen Sack, der anscheinend mit Kleidungsstücken ganz gefüllt war, den er auf dem Rücken trug, der jüngere einen zweiten Sack in der Hand, in dem sich anscheinend schwere Gegenstände befanden, da beide den Sack nach unten zogen. Von den Tätern herührten dürfte auch ein dritter Sack, der auf der Treppe zum Hintereingang des zweiten Kellers des Ermordeten in der Muladstraße 39 gefunden wurde. Dieser Sack ist 2 Meter lang und 45 Zentimeter breit und aus Papierstoff gefertigt. Er ist gefüllt, aber noch ziemlich neu. In der Mitte trägt er einen ungefähr 40 Zentimeter im Durchmesser großen Stempel mit der schwarzen Aufschrift: „A. Kretsch, Säckelwerke, Prißwahl.“ Nach Resten, die er enthält, scheint er mit Holzspan oder Sägespänen gefüllt gewesen zu sein. Wer über die Herkunft des Sackes irgendwelche Mitteilungen machen kann, wird ersucht, sich bei der Kommissionsmission Ziegler zu melden. Ebenso alle Personen, die bei Ziegler Wandtaschen verkauft oder durch ihn haben beselzen lassen.

Eine Grippe-Epidemie schwerer Art mit tödlich verlaufenden Lungen- und Herzerkrankungen, hohem Fieber, Halsaffektionen ist über Nacht in Groß-Berlin ausgebrochen und hat plötzlich Tausende aufs Krankenbett gemorfen. Die Ärzte haben jetzt überall tüchtig zu tun. Kein Haus und keine Familie ist verschont geblieben. Das Geschäft in den Apotheken blüht.

Die Opfer des Luftmörders Grohmann. Wie noch erinnertlich sein dürfte, wurde Anfang August aus dem Luisenstädtischen Kanal eine Mädchenhand gefanden, die von der Polizei photographiert und auf den Plakaten reproduziert wurde. Als Grohmann verhaftet wurde, wurde nach dem Mädchen, der die Hand gehörte, geforscht. Grohmann gab an, ihren Namen nicht zu kennen. Nun ist den Bemühungen der Kriminalpolizei gelungen, die Persönlichkeit dieses Opfers des Massenmörders festzustellen: Es ist die am 10. August 1891 in Ratibor geborene Elise Barthel, die er auf dieselbe Weise wie die anderen Mädchen in Grohmanns Wohnung ermordet hatte.

Kleine Mitteilungen. Das Neudöllner Marionettentheater spielt heute und täglich um 3 1/2 Uhr nachmittags „Dornröschen“, Märchen in 6 Akten, im Logum, Berliner Str. 10. Kinder 1 M., Erwachsene 1,50 M. — Das im Telegraphen- und Fernsprechbau beschäftigte Personal des Ober-Postdirektionsbezirks Berlin, ausschließlich der Telegraphenarbeiter, führt für das Jahr 1922 heilbische, amtlich gestempelte Ausweislisten bei sich, deren Gültigkeitsdauer in rot überdruckter Schrift ersichtlich gemacht ist. Das Personal hat sich den Hauseigentümern und Wohnungsinhabern durch Vorzeigen dieser Karte als zur Reichs-Telegraphenverwaltung gehörig auszuweisen. Die Telegraphenarbeiter weisen sich durch Ausweisarten mit Lichtbild aus.

## Gewerkschaftliches

### Beratt?

Die „Rote Fahne“ und der Streik der Heizer und Maschinisten in Augsburg

Vom Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes wird uns geschrieben:

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht in ihrer Morgenausgabe vom Freitag, den 23. Dezember, einen Artikel mit der Überschrift „Gewerkschaft gegen Gewerkschaft“, in welchem sie dem Deutschen Textilarbeiter-Verband zum Vorwurf macht, daß er den streikenden Maschinisten und Heizern in Augsburg im Verein mit dem Christlichen Textilarbeiter-Verband in den Rücken fällt, und zwar mit Hilfe der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse.

Ohne uns auf Einzelheiten einzulassen, wollen wir hierzu folgendes erklären: Zwischen dem Deutschen Textilarbeiter-Verband und dem Zentralverband der Heizer und Maschinisten besteht ein Abkommen, das dahin geht, daß die Lohnbewegungen nach beiderseitigem Einverständnis gemeinsam zu führen und die Tarifabschlüsse gemeinsam abzuschließen werden. Dieses Abkommen steht voraus, daß die beiden Verbände sich über tatsächliche Maßnahmen bei Lohnkämpfen verständigen, zum Zwecke gemeinsamer Durchführung. Dieses Abkommen war deshalb notwendig, weil im anderen Fall die Heizer und Maschinisten, die in der Textilindustrie noch nicht einmal ein Prozent der Beschäftigten darstellen, und aus diesem Grunde nun auf dem Rücken des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes ihre Lohnkämpfe ausfechten könnten. Dies würde bedeuten, daß der Textilarbeiter-Verband seine Kampfsmittel lediglich im Kampfe der Heizer und Maschinisten aufbrauchen würde. Das Beispiel in Augsburg zeigt dies schon zur Genüge. Durch den Streik von nicht einem halben Hundert Heizer und Maschinisten sind 16 000 Textilarbeiter als Arbeitslos auf die Straße gesetzt worden, die von dem Textilarbeiter-Verband Unterstützung fordern.

In Augsburg haben sich die Heizer und Maschinisten nicht an das zentrale Abkommen gehalten, sondern haben, ohne eine Verständigung mit dem Deutschen Textilarbeiter-Verband herbeigeführt, den Streik begonnen. Da die Textilarbeiter dort auch in der Lohnbewegung stehen, wird durch das Vorgehen der Heizer und Maschinisten die Bewegung der Textilarbeiter stark gefährdet. Zu beachten ist dabei noch, daß der Zentralverband der Heizer und Maschinisten von dem Ausbruch des Streiks nicht verständigt worden ist, und der Zustand demzufolge als widerrechtlich zu betrachten ist. Der verfehlte Ausbruch des Streiks ist hauptsächlich auf die kommunistische Agitation zurückzuführen. Die „Rote Fahne“ gibt dies selbst verfehlt zu, daß der Streik zu unermittelt ausgedrohen ist. Wenn sich der Textilarbeiter-Verband gegen ein derartiges arbeiterschädigendes Verhalten mit allen Mitteln wendet, so ist das seine Pflicht. Er verteidigt damit das Lebensinteresse seiner Organisation. Zur Durchführung wirtschaftlicher Kämpfe bedarf es einer starken Disziplin. Wir können uns nicht von einer ziellosen Anarchie treiben lassen, die letzten Endes auch die kräftigste Organisation in ihren Grundfesten erschüttern müßte.

Wenn die „Rote Fahne“ dem Deutschen Textilarbeiter-Verband Berrat der Arbeiterinteressen vorwirft, weil er mit dieser Art Streikführung nicht einverstanden ist, so ist dies nicht besonders tragisch zu nehmen. Die Tätigkeit der Gewerkschaften zu fördern, gehört ja zu den vornehmsten Aufgaben der „Roten Fahne“. Wir können aus diesem Grunde uns von den Witzputzschützen nicht belehren lassen, wie Lohnkämpfe geführt werden.

### Beiratssitzung des Malerbundes

Der Beirat des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. hielt vom 9. bis 11. Dezember eine Sitzung ab. Im Vordergrund der Beratungen stand außer dem Bericht des Verbandsvorstandes die Frage einer Beitrags- und Unterstützungserhöhung und die Beratung des Entwurfs zu einem neuen Reichstarifvertrag. Der Vorsitzende Streine berichtete u. a. eingehend über die Geschäftstätigkeit im Jahre 1921 und über die nicht ungünstigen Aussichten für die nächste Zeit. Der Verband führte bis zum 1. Oktober, trotz weitestbreitem Reichstarifvertrag außer drei bzw. vier allgemeinen Lohnbewegungen 99 drückliche Lohnkämpfe mit 5468 daran beteiligten Mitgliedern durch, ferner war er an 209 Streiks in der Industrie beteiligt. — Die Zahl seiner Mitglieder beträgt zurzeit 50 671. Damit ist der jemals vorhandene höchste Stand wesentlich überschritten. Die finanzielle Lage des Verbandes ist durchaus günstig, doch drängen die Verhältnisse zu einer Beitragserhöhung, um vor allem die Streikunterstützung, aber auch die Erwerbslosen- und Sterbeunterstützung auf eine angemessene Höhe zu bringen. Der Kassenbestand des Verbandes hat zwar 4 Millionen Mark überschritten, das reicht aber nicht mehr aus, um gegen alle Bedrohungen gesichert zu sein.

Zur Frage der Beiträge wurde beschlossen, den auf die Hauptkasse entfallenden Teil vom 1. Februar 1922 an von 3,50 M. die Woche auf 6 M. zu erhöhen. Der Hilfsbeitrag muß mindestens 1 M. betragen; im übrigen ist er nach oben unbegrenzt. Außer dieser für die überwiegende Zahl der Mitglieder in Betracht kommende Beitragsklasse gibt es noch eine Klasse für Mitglieder mit einem Wochenlohn von weniger als 200 M. mit 4 M.

Beitrag und einer Ortsklasse für Lehrlinge und Jungsilber. — Die Streikunterstützung wurde erhöht um durchschnittlich 70 u. S. Danach erhält ein Mitglied, das dem Verband ein Jahr angehört, wöchentlich 120 M., nach dreijähriger Mitgliedschaft 180 M., außer den üblichen Zuschlägen für Kinder usw. Die Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit wurde um ungefähr 50 u. S. und die Sterbeunterstützung um 33 u. S. erhöht.

Die Tätigkeit des Verbandsvorstandes wurde allgemein gebilligt. Außer mit dem Entwurf zu einem neuen Reichstarifvertrag beschäftigte man sich u. a. eingehend mit dem Ausbau der bestehenden Lehrlingsorganisation, mit dem Ausbau gegen Berufskrankheiten und mit einer in Bearbeitung befindlichen Berufstatistik für die Lackierer und mit der Notwendigkeit danach zu veranstaltenden Lackiererkonferenzen. Auch die Frage des Zusammenhanges mit den anderen Bauarbeiterverbänden wurde besprochen. Man stimmte darin überein, daß diese Sache nicht im Eiltempo betrieben werden dürfe. Zunächst müßten die im kommenden Frühjahr stattfindenden Verbandstage der beiden größten Verbände des Baugewerbes abgemariet werden; bis dahin sei der Beschluß des Frankfurter Verbandstages maßgebend.

Die Verhandlungen waren von größter Sachlichkeit getragen. Es ist schon bestimmt anzunehmen, daß die Beschlüsse, besonders auch die über die Beitragserhöhung, allgemeine Zustimmung finden.

### Angestelltenversicherung

Die Wahlen der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung finden am 8. Januar 1922 statt. Für alle Angestellten gibt es nur eine Parole. Wählt die Liste „A.M. Bund“

### Planlose Zuwanderung nach Rheinland-Westfalen

Das Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe teilt mit, daß der Zustrom ungelerner Arbeiter für den Bergbau und die Industrie Rheinlands-Westfalens aus den abgetretenen Gebieten, dem Osten und vielen Bezirken Deutschlands einen sehr großen Umfang angenommen hat. Infolge der Ueberfüllung der Betriebe mit ungelerten Arbeitskräften gelingt es den zugewandten Personen nur gelegentlich, von den Arbeiternahmestellen der Zechen eingestellt zu werden. In den meisten Fällen irren sie arbeitslos umher und müssen nach langem vergeblichen Suchen in ihre Heimatgemeinde zurückkehren.

### Parteiveranstaltungen

#### Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Heute, Mittwoch, den 28. Dezember, nachm. 4 Uhr, Sitzung der Geschäftsleitung des Bezirksverbandes im Sekretariat, Breite Straße 8-9.

#### Mittwoch, 28. Dezember

5. Verwaltungsbüro, 17. Bezirk, Abends 6 Uhr im Totabstiegenklub, Kambitzer Allee, gemeinsames Besammeln. Alle Genossen und Genossinnen sind eingeladen. Keine Eintrittskarten. Schöneberg-Friedensau, Kommunale Kommission. Abends 8 Uhr Sitzung im neuen Rathaus, Zimmer 87. Richterische, Diktier-, Funktionärprüfung in Steglitz.

#### Donnerstag, 29. Dezember

Charlottenburg, Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Rathaus, Bezirksverbandes-Sitzungssaal. Richterische, Mitgliederprüfung bei Richter, Käfer, 7.

### Verbandskalender

#### Mittwoch, 28. Dezember

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Monats-Grupp. Gewerks. Gruppe 2. Papier und Tappan. Nachm. 5 Uhr in der Schulaula, Stalldammstr. 54a, wichtige Gruppenversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zu den neuen Lohnforderungen.

#### Donnerstag, 29. Dezember

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Chemische Gruppe. Abends 7 Uhr im Witten Park, Seebühnenstr. 19, Vorkommens. Nach der Vertikalisierung gezieltes Besammeln.

Deutscher Werksmeister-Verband. Fachgruppe Metall-Industrie. Abends 7 Uhr Versammlung sämtlicher Betriebe, Vertrauensleute sowie Funktionäre der Fachgruppe Metallindustrie im Schulthei, Neue Jochstr. 14-16 (Kortzerstr.). Tagesordnung: Werkstatt.

Bauarbeiter, Seltene Eisenholzer und Helfer. Abends 7 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus Engelstr. 21-23, Saal 2. Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommissionen, 2. Bericht des. Erörtern aller Kollegen unbedingt notwendig.

### Jugendbewegung

Funktionäre der Arbeiterjugend. Der Rat der Genossen Sogor findet heute abend pünktlich 7 1/2 Uhr in der Arbeiter-Vereinigungssaal statt.

Berlinmilitär für Politik und Funktionäre: Leo Dieblich 88, Berlin-Friedensau; für Kommunisten, Politik und Gewerkschaftliches: H. Kubler, Berlin; für den Intellektuellen und geistlichen Mittelstand: Ludwig Koser, Berlin; — Parteigenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Drauf der Berliner Drucker G. m. b. H., Berlin S. 2, Breite Straße 8-9.

bei Husten, Heiserkeit, Asthma und Lungenleiden

San.-Rat

Dr. Wegscheiders Brust-Tee

nach Original-Vorschrift seit Jahren ärztl. empf. und bewährt. Pakete 5.— u. 9.50 am OGDroffelpark

Elefanten-Apotheke, Leipziger Straße 74 Fernspr. Zentrum 7192

# Silberworte Artikel

Weingläser  
Bowlengläser  
Weinrömer  
Sekikelche  
Groggläser  
Likörgläser  
Wassergläser

## Scherzartikel

Kopfbedeckungen  
Knallbonbons  
Luftschlangen  
Schneebälle \* Konfetti  
Gießblei \* Anstecker

Liköre  
Punsch-Extrakte

Neujahrskarten  
Bowlen und  
Tafelweine

# Jandorf

Helle-Alliance-Str. Große Frankfurter Str. Brannenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorfer Str.

Kleide Dich billig, elegant!  
im Leihhaus Moritzplatz 58a.

Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer,  
billig auf Sale, jetzt für 400-600 M. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm  
teils! Pelzwaren! Krauzlöcher 500, Zobelwäcker 400, Blau-, Silberfische, Skunks, Wölfe,  
Luchse, Sportpelze 800, Gehpelze 1500, Pelzmäntel 2500. Keine Lombardwaren